Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK
4. Quartal 2020

Deutschland: In Vielfalt geeint

***Aaron Eucker** und **Laura König** stehen der Jugendorganisation des DFWK vor*

Liebe Mitglieder und Freunde des Deutsch-Französischen Wirtschaftskreises,

in diesem Monat jährt sich die Deutsche Einheit zum 30. Mal. Und es gibt Grund zu Feiern. Ein Leben in Ostdeutschland wird immer attraktiver. Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern hat ihre Leistungsstärke seit 1990 vervierfacht.

Die Zahlen der Binnenwanderung bestätigen das: Gingen 1990 noch 200.000 Menschen mehr in den Westen als in den Osten, lag dieser Wert zur Jahrtausendwende nur noch bei 100.000. Heute wandern genauso viele Menschen aus dem Westen in den Osten aus, wie umgekehrt.

Auch was Einstellungen und subjektives Empfinden der ost- und westdeutschen Bürger angeht, ist ein positiv zu bewertender Trend erkennbar. Die Zustimmung zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik hat sich in den ostdeutschen Ländern von 1991 bis 2014 verdoppelt und damit den Werten der westdeutschen Bundesländer angenähert. Wenngleich die Demokratiezufriedenheit 2018 etwas abnahm hat, gibt es Anzeichen, dass sich dieser Trend weiter fortsetzt.

Dass dennoch weiter „*viel getan*“ werden muss, versteht sich von selbst. Auch wenn die ostdeutsche Wirtschaft beeindruckendes geleistet hat, liegt die Wirtschaftskraft der neuen Länder noch unter dem Bundesdurchschnitt. Auch wenn die Lebensverhältnisse sich angleichen, sind sie oftmals noch nicht gleichwertig. Auch wenn sich die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen annähern, sind mehr Ostdeutsche demokratieskeptisch als ihre Mitbürger im Westen.

Doch bei solchen Vergleichen vergisst man schnell, dass Unterschiede gerade in einem föderalen Land wie Deutschland dazugehören. Sie gibt es nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern auch zwischen Nord- und Süddeutschland, zwischen Stadt und Land, zwischen strukturschwachen und wirtschaftlich starken Regionen.

Der Newsletter des DFWK will einen Beitrag leisten, gemeinsam Erreichtes genauso anzuerkennen, wie bestehende Unterschiede. Die Grundlage für ein gutes Zusammenleben in den nächsten 30 Jahren sollten Respekt, Vertrauen und gegenseitiges Interesse sein, nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Europäischen Union.

Herzlich Ihre
Aaron Eucker & Laura König

Inhaltsverzeichnis

***S. 2-5* D. Schneemann und J. Bitterlich**: D-F Gedanken zur Wiedervereinigung

***S. 6-7* D. Schneemann**: Das Ostdeutsche Wirtschaftsforum zieht positive Bilanz

***S. 8-9* Veranstaltung mit C. Arend, A. Jung und D. Hager**: Mit einer Vitaminspritze aus der Krise

***S. 10-12* A. Schott**: L'immobilier en France et en Allemagne à l'époque du covid

S. 13-14 Die vierte Sitzung der deutsch-französische parlamentarischen Versammlung

Deutsch-Französische Gedanken zur Wiedervereinigung

Von den damaligen Zeitzeugen

Dirk Schneemann, DDR-Handelsvertretung Paris

Und Joachim Bitterlich, Kanzleramt Bonn

Dirk Schneemann,
Vizepräsident des DFWK und ehemaliger DDR-Handelsattaché in Paris

1979 sagte François Mitterand: „*Ich halte die Wiedervereinigung Deutschlands weder für wünschenswert noch für möglich …*“ Nun ja, erstens kommt es anders und zweitens als man denkt…

Als Vertreter der „*noch-DDR-Handelsvertretung*“ in Paris nahm ich im Frühjahr 1990 an einer Informationsveranstaltung im Französischen Senat zum Thema der bevorstehenden Wiedervereinigung teil. Auf die Frage, ob er denn vor einem wiedervereinten Deutschland Angst habe, entgegnete der damalige Senatspräsident Alain Poher: „*Ich habe keine Angst vor einem starken wiedervereinten Deutschland – nur vor einem schwachen…*“

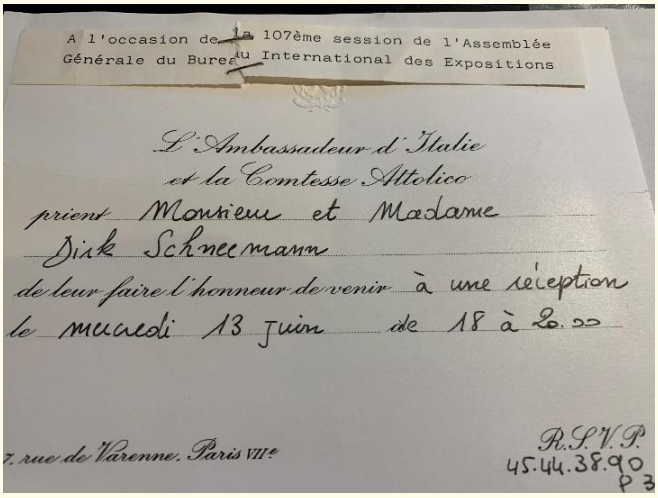
Von anfänglicher Ablehnung, über Skepsis bis hin zu konstruktiver Unterstützung machte die französische Regierung ein wahres Wechselbad der Gefühle in nur wenigen Monaten durch.

Der ostdeutsche Gegenpol, den Frankreich wirtschaftlich und politisch in seinen Beziehungen zu Westdeutschland über Jahre hinweg einzusetzen wusste, war plötzlich und unerwartet mit einem Verfallsdatum versehen. Und so herrschten zunächst zwischen Mauerfall im November 1989 und Januar 1990 Bestrebungen vor, die sich befreiende und reformierende DDR zu unterstützen – was wir auf vielen Vortragsveranstaltungen in ganz Frankreich bestätigt fanden. Mit Ausruf der Neuwahlen im März 1990 und der Arbeitsaufnahme der Regierung de Maizière, zerschlugen sich diese Hoffnungen zunehmend. Man empfing die zu Scharen anreisenden Vertreter der „*Übergangsregierung*“ zwar höflich – jeder Minister musste zwischen März und September nochmal in Paris gewesen sein – doch worüber sollte man reden, was sollte verhandelt oder vereinbart werden?

1990: Dirk Schneemann (2.v.l.) und seine Frau (4.v.l.) mit dem Präsidenten des Internationalen Weltausstellungsbüros (3.v.l.) und seiner Frau (1.v.l.)

Der Vereinigungstermin am 3. Oktober ließ kaum Spielraum, „*die Neuen*“ kennenzulernen, geschweige denn Verträge zu schließen. Aber dann gab es doch noch ein Highlight, bei dem sich die Existenz zweier deutscher Staaten als Vorteil erwies. Die Abstimmung zur Vergabe der Weltausstellung – der EXPO 2000 im April 1990. Als ständiger Vertreter der DDR im Weltausstellungskomitee in Paris saß ich neben Hannovers Bürgermeister Schmalstieg und der damaligen Ministerpräsidentin von Niedersachsen, Birgit Breuel. Es waren nur noch Hannover und Calgary im Rennen, nachdem Genua noch am selben Tage die Kandidatur zurückgezogen hatte. Und wir als

DDR-Vertreter hatten den „*Regierungsauftrag*“, für Hannover zu stimmen. Die Endabstimmung ging mit „*einer Stimme Mehrheit*“ für Hannover aus. Schmalstieg und Breuel waren außer sich vor Freude und sehr dankbar für die Stimme aus „*Ostberlin*“.


A l'occasion de la 107ème session de l'Assemblée Générale du Bureau International des Expositions

L'Ambassadeur d'Italie
et la Comtesse Attolico
prient Monsieur et Madame
Dirk Schneemann
de leur faire l'honneur de venir à une réception
le mercredi 13 juin de 18 à 20.00

7, rue de Varenne, Paris VII^e

R.S.V.P.
45.44.38.90
P 3

Die Einladung zum Empfang in der italienischen Botschaft an dem Abend, als auch die Endabstimmung zur Expo 2000 stattfand.

Dann kam die letzte Septemberwoche 1990 und damit das Ende aller DDR-Vertretungen in Paris und am 1. Oktober 1990 hatten die französischen Gesprächspartner alle DDR-Kontaktpartner verloren – nicht nur in Frankreich, sondern zeitgleich in der DDR selbst. Darauf hatten wir die Geschäftspartner zwar versucht vorzubereiten, aber es wurde kaum verstanden – wie auch, es war ein „*jamais vu*“. Restgeschäfte wurden in 1990 noch abgewickelt und dann war Frankreichs größter Handelspartner im Ostblock verschwunden.

Umso mehr bemühten sich französische Unternehmen nun selbst und direkt in den Nouveaux Ländern Fuß zu fassen. Als mittlerweile Projektmanager in der Strategieabteilung Osteuropa beim französischen IT-Konzern Bull S.A. konnte ich 1990/91 an einigen „*Treuhandgesprächen*“ teilnehmen. In der Regel mussten die französischen Firmenvertreter feststellen, dass die Nouveaux Länder eine „*chasse gardée*“ ihrer westdeutschen Wettbewerber waren. Und so gehört Total (ex-ELF) vielleicht zu den ganz wenigen nachhaltigen und erfolgreichen Industrie-Groß-Investitionen nach der Wiedervereinigung – mit allerhöchstem politischem und unternehmerischem Einsatz zu Beginn der 90er Jahre.

Schaut man sich heute – 30 Jahre später – die deutsch-französischen Beziehungen an, so sind es weitgehend „*westdeutsch-französische*“ Beziehungen, insbesondere im Bereich Wirtschaft und Handel. Die 1990 zwischen Frankreich und Deutschland Ost abgebrochenen Brücken wurden nicht wieder aufgebaut – es gab ja nichts mehr, was man darüber transportieren konnte und die Transporteure waren auch nicht mehr da. Frankreich versorgte sich indessen anderweitig - die eigenständigen ostdeutschen Unternehmen blickten geografisch in andere Richtungen. That‘s it.

Nun könnte man das alles so belassen und sagen, schau mal, läuft doch! Aber da ist Europa, da sind zunehmend innovative und auch global agierende Firmen in Sachsen, Thüringen etc. entstanden – darunter auch Weltmarktführer - und da ist noch Corona, das dabei ist Kurskorrekturen an der Globalisierung vorzunehmen. Also warum nicht statt nach Bombay, Shanghai oder Wuhan auch mal nach Toulouse, Lyon oder Marseille schauen. Spitzentechnologien nicht mit chinesischen oder indischen sondern mit französischen Partnern entwickeln, pourquoi pas!

Vielleicht wäre es auch an der Zeit, einen Deutsch-Französischen Wirtschaftskreis Mitteldeutschland zu gründen – es gibt nämlich im gesamten Gebiet der ostdeutschen Länder keinen vergleichbaren Wirtschaftskreis. Und wir in Berlin sind eher die Erben des „*alten Westberliner Club des Affaires*“. Vielleicht greift jemand in Leipzig, Dresden oder Magdeburg den Ball auf … Bonne chance!

Joachim Bitterlich,
Präsident des DFWK, Ehemaliger Europa-, Außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Du hast recht, lieber Dirk, vielleicht sollten wir uns anstrengen und als Vorbild vorangehen, durch unsere Mitgliederstruktur, durch Veranstaltungen und ein besonderes Engagement im Verein mit dem Ostdeutschen Wirtschaftsforum (OWF).

Unsere gemeinsame Liebe Frankreich wurde vor 30 Jahren durch die auf einmal reale Perspektive der deutschen Wiedervereinigung überrascht, ja verunsichert. Präsident Mitterrand war sich bewusst, Frankreich kann die Einheit nicht verhindern, sie allenfalls „*einhegen*“. Trotzdem musste einiges, was Frankreich damals tat, auf uns West-Deutsche schon befremdlich wirken.

Dass Mitterrand noch im Dezember 1989 in die DDR fuhr, war richtig, um sich ein eigenes Bild über die Lage zu machen. Dass Frankreich dabei ein Arbeits-Programm der Zusammenarbeit der Regierungen für die nächsten fünf Jahre unterschrieb, muss in der Rückschau schon fast komisch wirken. Besser waren da die Leipziger Studenten, die den Präsidenten geradeheraus – und entgegen der Regie – fragten, warum sie für die Reise nach Paris noch ein Visum brauchten, wo doch in jener Zeit Paris und Mallorca im Grunde die ersten Ziele für den freien (noch-) DDR-Bürger waren.

Ja, es gab in jener Zeit etwas, was im Westen im Grunde ein Tabu war: Die „*anderen*“ deutsch-französischen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR. Sie waren schon intensiver, facettenreicher als wir es im Westen sehen wollten.
Im Jahre 1990 gab es - außer ELF - auch andere französische Firmen, die die Chance der Einheit trotz der Vorbehalte in den Pariser Mutterhäusern nutzten. Ich erinnere mich zum Beispiel an den Deutschland-Chef von Renault, der mich im Februar/März 1990 unbedingt sprechen wollte – sag, kommt die Einheit?

Einer seiner Betriebsräte hatte den Anruf eines Verwandten von „*drüben*“ erhalten, der ihn auf eine Reihe noch bestehender privater Werkstätten in der DDR aufmerksam machte. Soll ich hinfahren? Meine Antwort war, fahre hin, mache Dir ein Bild – und handele! So entstand das erste Renault-Netz in den neuen Bundesländern pünktlich zur Stunde Null. Ich hätte mir gewünscht, andere hätten genauso agiert.

DDR-Ministerpräsident Hans Modrow (l) begrüßt den französischen Präsidenten François Mitterrand (r) am 20. Dezember 1989 in Ost-Berlin. Im Hintergrund DDR Außenminister Oskar Fischer (l) und die französische Botschafterin in Ostberlin, Joële Timsit (Mitte). (© picture-alliance/dpa)

1989/90 war schon in gewisser Weise ein irre spannendes, zuweilen auf den ersten Blick irreales Jahr. Als Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl begann, mit einem kleinen Kreis von Mitarbeitern die Politik hin zur deutschen Einheit zu entwickeln, waren wir im Westen in Wahrheit in der Minderheit. Seien wir ehrlich, die westdeutsche Bevölkerung und Politik glaubte damals mehrheitlich nicht mehr an die Möglichkeit der Wiedervereinigung! Gerhard Schröder sagte am 11. Juni 1989 der BILD-Zeitung: *„Nach vierzig Jahren*

Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht". Oder der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen im hessischen Landtag, Joschka Fischer, hielt die Forderung für eine „*gefährliche Illusion*" und schlug vor, „*das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aus der Verfassung zu streichen*". Oder Nobelpreisträger Günter Grass erklärte selbst noch im Dezember 1989 auf dem Bundesparteitag der SPD unter großem Beifall, die Deutschen hätten „*wegen Auschwitz*" das Recht auf die Einheit verwirkt.

Und für die Mehrheit unserer Nachbarn und Partner war die deutsche Teilung ein Faktum, vielen war diese Schwächung Deutschlands nur recht. Und die Minderheit glaubte nicht, dass sich alles auf einmal so schnell ereignen könnte, die Einheit nicht einmal binnen eines Jahres! Wir verdanken diese Chance der friedlichen Revolution im Osten und zugleich dem amerikanischen Präsidenten George Bush sen. wie dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPDSU und Präsidenten der Sowjetunion, Mikhail Gorbatschow, die uns entgegen dem ausdrücklichen Votum der Briten oder Niederländer grünes Licht gaben. Damals hatten wir auch das Glück, die EG-Kommission um Jacques Delors an unserer Seite zu wissen. Sie sicherte den Übergang in Richtung auf die in der EG geltenden Rahmenbedingungen ab.

Wir im Westen mussten damals in Wahrheit wenig, ja zu wenig über die Realität im Osten. Manches wollten wir vielleicht auch nicht wissen. Wir mussten lernen, wir haben Lehrgeld bezahlt, machten unter Druck manche Fehler, machten manches auch richtig. Trotz aller Probleme können wir heute auf jenes Jahr und auf das, was wir in den 30 Jahren erreicht haben, stolz sein.

[1] Siehe im Einzelnen Joachim Bitterlich, „*Grenzgänger – Beobachtungen und Anmerkungen eines Zeitzeugen über erlebte vier Jahrzehnte deutscher und europäischer Geschichte*", erscheint Ende 2020.

Es ist schon richtig, wir sollten aber auch den Mut haben, offen die ersten zehn Jahre nach der Einheit kritisch aufzuarbeiten, offen zu sehen, warum wir - ob im Osten oder im Westen - damals so und nicht anders gehandelt haben, was dabei richtig gelaufen ist und was dabei schiefgelaufen ist. Ich bin jüngst sehr ernst auf eines dieser hochsensiblen Kapitel gestoßen, das für das Selbstverständnis der neuen Bundesländer und deren Entwicklung von politischer Bedeutung ist. Ich spreche von der Realität der Anpassung in der Landwirtschaft.

Joachim Bitterlich und Bundeskanzler Helmut Kohl (© picture-alliance/dpa/Michael Jung)

Wie Dirk könnte ich über viele Begebenheiten aus jener besonderen Zeit der Geschichte unseres Landes und Europas berichten[1], in Wahrheit stecken wir, ob in Deutschland, ja auch in Europa und in der Welt, heute immer noch in einer Übergangszeit. Auch dreißig Jahre nach der Einheit suchen wir Deutsche – wie auch andere Nationen – unverändert unseren Platz und Rolle in Europa. Wir sind wie Frankreich zu klein, um allein unsere Zukunft zu gestalten, es geht nur gemeinsam in Europa! Nur gemeinsam schaffen wir es! Und darin sehe ich in gewisser Weise auch die Berufung unseres deutsch-französischen Wirtschaftskreises im Herzen Europas.

Veranstaltungshinweis:
Die Hauptversammlung des DFWK findet am 26.11.2020 um 17:00 als online-Veranstaltung statt. Weitere Details folgen.

Mut zum Vorsprung – Wie wir gemeinsam die Krise meistern
Das Ostdeutsche Wirtschaftsforum zieht positive Bilanz

Das Ostdeutsche Wirtschaftsforum OWFZUKUNFT fand vom 20.-22.09.2020 bereits zum fünften Mal in Bad Saarow statt. Der DFWK war zum 3. Mal Partner des Forums.

Dirk Schneemann,
Vizepräsident des DFWK und Unternehmensberater

Vieles war anders, die Debatten um Zukunftsthemen dringlicher, die Botschaften klarer als in den Vorjahren. Im Jahr des 30. Jubiläums der Deutschen Einheit war die Durchführung des Forums auch angesichts der weltweiten Pandemie und der damit einhergehenden Beschränkungen ein Muss.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU)

Nicht nur das Begehen des Jubiläums mit klarem Blick in die Zukunft, sondern auch die Meisterung der Corona-bedingten organisatorischen Herausforderungen setzten neue Maßstäbe. Ein sehr umfangreiches Hygienekonzept für alle Veranstaltungsbereiche und -formate sorgte nicht nur dafür, dass man sich sicher fühlte, sondern ließ Gespräche und alle Foren in hoher Qualität zu.

Verteilt über 3 Tage trafen sich über 150 Teilnehmer erstmals im Hotel Esplanade in Bad Saarow. Alle anderen Interessierten hatte die Möglichkeit, die Veranstaltung in einem durchgängigen Livestream zu verfolgen. Über 600 Teilnehmer nutzten dieses Angebot. Auch die zahlreichen Zuschaltungen schufen neue Formate mit Perspektive, so die Ministerpräsidenten in der Videoschalte, die weltweite Life-Konferenz mit GTAI-Experten aus Washington, Peking, Moskau, Mailand und Warschau oder der Besuch von Smart Countries.

Familienministerin Franziska Giffey (SPD)

Die Vor-Ort-Präsenz durch Vertreter der Bundesregierung, von Bundesfamilienministerin Fran-

-ziska Giffey über Vizekanzler und Bundesfinanzminister Olaf Scholz bis hin zu Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier setzte Zeichen für die Anerkennung der Leistungen des ostdeutschen Unternehmertums und bot vielgestaltigen Anlass für Diskussionen um Zukunftsimpulse.

Die Anwesenheit der Wirtschaftsminister sowie des Digitalisierungsministers aus Mecklenburg-Vorpommern, Christian Pegel, taten ein Übriges. Vorträge, Podiumsdiskussionen und Werkstattgespräche ergaben einen bunten Mix an Zukunftsthemen, die in der Summe Zuversicht, aber auch den Drang nach konsequenter Besetzung von Zukunftsthemen vermittelten. Genannt seien hier vor allem Themen Digitalisierung, die Energie- und Mobilitätswende, Nachhaltigkeit, „*grüne*“ Geschäftsmodelle und Ostdeutschland als attraktiver Investitionsstandort.

GTAI Liveschaltung nach Washington

Diskussion der „Dritten Nachwendegeneration“ zum Thema Eliten

Beindruckend waren die verschiedenen Statements insbesondere junger Ostdeutscher – die Generation ab/nach 1989. Gerade sie setzen viel Hoffnung auf eine positive Entwicklung in dieser Region. Den „*Mangel an ostdeutschen Eliten*“ beklagten nicht mehr die „*Alten*“ sondern in erste Linie die „*Jungen*“ auf ihrer Suche nach Perspektiven, Orientierungen und Vorbilder „*Made in East Germany*“.

Die erstmalige Verleihung des Innovations-Preises des Ostdeutschen Wirtschaftsforums an fünf herausragende Unternehmer und Unternehmerinnen, vergeben durch eine Jury unter Leitung des Vorsitzenden der Kommission 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit Matthias Platzeck war ein weiteres Highlight, das auch künftig zum festen Repertoire des Zukunftsforums zählen wird.

Der ehemalige Ministerpräsident von Brandenburg und Vorsitzender der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, Matthias Platzeck (SPD) und Finanzminister Olaf Scholz (SPD)

Kleiner Wermutstropfen dennoch in den sonst hervorragenden Wein – trotz unseres eifrigen Bewerbens der Veranstaltung, der wiederholten Partnerschaft des DFWK und der Tatsache dass wir der einzige DFWK „*im Osten Deutschlands*“ sind, hielt sich die aktive Beteiligung von Mitgliedern und Freunden des DFWK in engen Grenzen und ist sehr ausbaufähig. Insbesondere für die DFWK-Jugend sollte das 6. OWF 2021 unbedingt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bis dahin werden wir auch bestimmte Themen und Formate gemeinsam mit OWF, GTAI und anderen Partnern bespielen.

Mit einer Vitaminspritze aus der Krise

Welche Lehren können wir aus der Corona-Krise ziehen? Wie können Deutschland, Frankreich und Europa gestärkt aus der Krise hervorgehen? Diese Fragen diskutierten die beiden Abgeordneten und Vorstandsvorsitzenden der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung Andreas Jung (MdB, CDU) und Christophe Arend (Député de la Moselle, LREM) mit dem CEO der Hager Group, Daniel Hager, beim Deutsch Französischen Wirtschaftskreis (DFWK).

„*Die Corona-Krise hat uns unvorbereitet getroffen. Die Reaktion war deshalb eine national bezogene Lösung der Grenzschließungen*“, räumt Andreas Jung gleich zu Anfang der Diskussionsrunde ein. Auf die Frage der Moderatorin und Vize-Präsidentin des DFWK, Bénédicte de Peretti, ob sich diese Strategie als richtig erwiesen habe, stellt er klar: „*Wir haben gesehen, dass das bei zwei Ländern, die so eng zusammengewachsen sind wie Frankreich und Deutschland, mehr Probleme aufwirft, als es einen Beitrag zur Lösung leisten kann*“. Daher habe er – auch als die Regierungen in Paris und Berlin noch an den Kontrollen festhielten – die Position vertreten, dass es „*keine Schlagbäume im Herzen Europas, zwischen Deutschland und Frankreich*“ geben dürfe.

Christophe Arend hat ebenfalls für eine schnelle Wiederöffnung der Grenzen gekämpft. Als Abgeordneter der Region Moselle an der Grenze zu Deutschland hat er die Grenzschließungen als besonders große Einschränkung erlebt: „*Denn unsere Lebensrealität ist natürlich die, dass wir in zwei und manchmal drei Ländern leben*“.
Doch obwohl die Grenzen heute wieder frei passierbar sind, stehen Unternehmer, die in Frankreich und Deutschland tätig sind, weiter vor großen Herausforderungen. Daniel Hager, CEO der Hager Group, die Werke im Saarland, in Rheinland-Pfalz und im französischen Elsass betreibt, ist ernüchtert. „*Ich denke, da muss schon einiges mehr kommen* […] *Das ist im Moment äußerst kompliziert für die Unternehmen*“, richtet er sich an die Politik in Frankreich und Deutschland.
Ihm fehle vor allem die Planbarkeit: So herrsche in Frankreich Maskenpflicht in den Unternehmen, in Deutschland hingegen nicht. Auch würden manche Regionen von Frankreich als „*rote*“ Krisenregionen eingestuft, während das deutsche Robert Koch Institut diese Zonen noch nicht als Risikogebiete einordnet.

<u>Oben:</u> Die beiden Vorsitzenden der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe, Christophe Arend (LREM) und Andreas Jung (CDU)
<u>Unten:</u> Daniel Hager, CEO der Hager Group und Bénédicte de Peretti, Vizepräsidentin des DFWK (vlnr.)

Die Moderatorin Bénédicte de Peretti, die als Gründerin eines deutsch-französischen Beratungsunternehmens selbst häufig die Grenze überquert, weist außerdem darauf hin, dass sich jeder, der aus der Risikoregion Paris nach Deutschland reist, in Quarantäne begeben muss. Zur Lösung dieser unübersichtlichen Situation wünscht sich Daniel Hager europäische Regelungen oder zumindest Ausnahmen für Grenzregionen.

Mit dieser Forderung stößt er bei Andreas Jung und Christophe Arend auf offene Ohren. Beide Abgeordnete setzen sich im Gremium für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (GRÜZ) für konkrete Erleichterungen für Grenzgänger ein. Christophe Arend vertritt die Idee, dass Regionen, die stark vernetzt sind, auch gleichen Regeln unterliegen müssen. „*Ich weiß, dieser Begriff kommt in Deutschland nicht gut an, aber ich bin der Meinung, dass es in Europa ‚Lebensräume' gibt, für die dieselben Regeln gelten sollten. Mein ‚Lebensraum' ist zum Beispiel Saar-Moselle*".

Trotz der Herausforderungen in den Grenzregionen betrachten Andreas Jung und Christophe Arend die Corona-Krise nicht als Krise der deutsch-französischen Beziehungen. Im Gegenteil: „*Mein Erleben dieser Situation war wirklich, dass der deutsch-französische Dialog auf allen Ebenen viel dichter geworden ist*", erläutert Christophe Arend. Die Regierungen seien sich der Bedeutung der Grenzregionen bewusster geworden. Positive Effekte erhofft sich Andreas Jung auch für eine Restrukturierung der Wirtschaft durch die Krise.

Die Frage von Dirk Schneemann, Vizepräsident des DFWK, ob die Krise nicht für die Schaffung einer nachhaltigeren Wirtschaft genutzt werden sollte, beantwortet er zustimmend: „*Das Ziel kann nicht sein, dass wir aus der Krise genauso hervorgehen, wie wir in sie hineingegangen sind. In Deutschland haben wir die Krisenbekämpfung mit dem Begriff Wumms umschrieben. Wumms mag richtig sein, um wieder hochzufahren, anzukurbeln, anzureizen. Aber neben Wumms brauchen wir auch* […] *eine Vitaminspritze, so dass wir insgesamt besser werden"*. Als Beispiel nennt Andreas Jung den Bereich Umwelt- und Klimaschutz. Aber auch zukunftsweisende Technologien, wie Wasserstoff und künstliche Intelligenz müssten gefördert werden.

Einige Hoffnung setzen die beiden Abgeordneten in diesem Zusammenhang auf den von Frankreich und Deutschland angestoßenen Plan zum Wiederaufbau der Europäischen Wirtschaft und den EU-Haushalt der nächsten sieben Jahre. Dass die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu beiden noch aussteht, werten sie nicht als negatives Zeichen. „*Wir erhoffen natürlich, dass es ein gutes Ergebnis gibt, auf Grundlage dessen, was die Regierungschefs beschlossen haben. Aber ich sage zweitens auch dazu: Ich habe Verständnis für die Kollegen im Europäischen Parlament, die sagen, wir sehen unsere Rolle nicht darin, einfach einen grünen Haken an etwas zu machen, was andere sich ausgedacht haben*", so Andreas Jung.

Der Unternehmer Daniel Hager sieht die Aufgabe der Politik weniger in einer umfassenden Förderpolitik, als in der Schaffung eines einheitlichen rechtlichen Rahmens: „*Was man angehen müsste, ist eine gemeinsame Energiepolitik, künstliche Intelligenz ist auch ein wichtiges Thema, die Bankenunion ebenfalls* […]. *Und auch im Gesundheitsbereich könnte man deutsch-französische Standards schaffen*". Außerdem müssten die Regularien für junge Unternehmer angepasst werden, damit diese nicht in die USA abwanderten.

Daniel Hager warnt vielmehr davor, durch Förderprogramme ungezielt Geld auszugeben. Man müsse vermeiden, in eine Staatswirtschaft zu schlittern. „*Wir müssen schauen, dass wir schnell zu einer marktwirtschaftlichen Grundordnung zurückkommen. Ich das mit großer Besorgnis: Die Staatsschulden, die in die Höhe steigen, die Wirtschaft, die immer weiter vom Staat finanziert wird, und das verzögert natürlich gewisse Probleme.* […] *mit Geld kann man natürlich Einiges kitten, aber nicht alles."*

L'immobilier en France et en Allemagne à l'époque du COVID

La crise du COVID a profondément affecté le secteur de l'immobilier en France comme en Allemagne. La crise est loin d'être terminée, mais quelques nouvelles tendances sont à noter : digitalisation du secteur, perte de vitesse de l'immobilier commercial, valeur refuge pour le résidentiel. A noter aussi la situation à Berlin, atypique par ses prix, mais aussi par son caractère de "*laboratoire de la régulation*".

Arnaud Schott, *membre du Bureau du DFWK, fondateur et PDG d'ADEN Immo GmbH*

Après un été particulier, affecté par la persistance du COVID 19, la fin d´année s'annonce incertaine pour de nombreux secteurs de l'économie. L'immobilier, qui a souffert au début de cette crise semble retrouver des couleurs.

En France, le confinement avait porté un coup d'arrêt brutal et total aux transactions immobilières, notamment dans le résidentiel. Les agences immobilières ont été fermées dans l'impossibilité d'exercer leur activité. Les visites de biens ont été interdites. Pour les notaires, c'est seulement à partir d'avril que la signature électronique à distance a permis une légère reprise des signatures d'actes de vente. Ainsi, après un début d'année 2020 particulièrement dynamique, dans la lignée des années précédentes, le nombre de transactions immobilières entre mars et mai a chuté de 80%.

En Allemagne en revanche, si l'activité a fortement été ralentie, l'absence de confinement total a permis d'éviter l'arrêt brutal de l'économie. Les visites de biens immobiliers ont pu continuer, certes avec toutes les précautions imposées : visites virtuelles en amont, port du masque, respect des distances, ouverture des portes et fenêtres par les agents immobiliers. Surtout, la signature des actes notariés n'a pas été interrompue. Le volume des transactions au second trimestre a toutefois diminué de 52% par rapport à un premier trimestre historiquement haut.

A partir de fin mai, le marché immobilier a connu, en France comme en Allemagne une reprise rapide. Il s´agissait d´un phénomène de rattrapage du fait de l'arrêt, en France, ou du ralentissement, en Allemagne de l'activité pendant près de deux mois. Le nombre de transactions observées pendant le mois de juin a été supérieur à celui des transactions des trois mois précédents ensemble.

Toutefois, en France, les professionnels de la Fédération Nationale de L'Immobilier (FNAIM) ne pensent pas que le rattrapage sera total et tablent sur 20% à 30% de transactions en moins en 2020. En Allemagne en revanche, non seulement le marché ne s'est pas effondré, mais une hausse

du volume des transactions a même été observée au cours du premier semestre 2020 : 41,8 milliards d'euros, soit 24% de plus qu´au premier semestre de 2019.

Au deuxième trimestre, les prix y ont d´ailleurs continué de croître sauf pour les commerces (-1,3%), les prix du résidentiel augmentant en moyenne de 6%, les prix des bureaux de 6,3%. Il faut dire qu'avant la crise du Covid, l'Allemagne souffrait d´une forte pénurie de bureaux.

L'immobilier continue donc à jouer son rôle de valeur refuge, en deuxième choix après l'or, lorsque les circonstances sont incertaines.

La crise a profondément modifié le secteur immobilier

La crise en tout cas a accéléré les mutations du secteur. En premier lieu, la manière de travailler des agences immobilières a été profondément affectée. La digitalisation, qui avait déjà commencé, a connu une accélération sans précédent en quelques mois.

La pré visite virtuelle en ligne, disponible depuis quelques années, s'est généralisée tandis que les visites physiques deviennent de plus en plus de simples visites de confirmation de l'intérêt du prospect avant de s'engager dans l'achat d'un bien. De même, la signature électronique des documents est devenue courante : signatures de mandats, documents de réservation, et même de signature des actes de vente en France. Ces comportements devraient devenir la règle dans les mois et années à venir.

Ensuite, cette crise va transformer les perspectives des différents secteurs. Clairement l'immobilier commercial est profondément secoué tandis que le résidentiel continue pour le moment de bien se porter. La distribution est en difficulté, subissant le double effet d'un report vers le e-commerce, et d'une crise économique affectant la consommation.

Le commerce de détail devrait chuter de 9,5% en France en 2020, et de 10% en Allemagne. Plusieurs chaines en France, dont les groupes du prêt-à-porter Camaieu ou La Halle, sont en faillite. L'hôtellerie, notamment d'affaires, est en grande partie à l'arrêt. L'immobilier de bureau, quant à lui, pourrait être victime à la fois du télétravail, qui conduirait les entreprises à réduire le nombre de mètre carré par collaborateur, et de licenciements massifs, les amenant tout simplement à adapter leurs bureaux au nombre de salariés. En Île-de-France, la demande de bureaux a diminué de 65% au premier semestre 2020 par rapport à 2019, et ce, malgré une transaction d'envergure à La Défense (Total).

Le résidentiel, a contrario, devrait, même au beau milieu d'une crise historique, tirer son épingle du jeu : plus qu'une valeur refuge, il est également devenu un refuge au sens propre du terme - avec le confinement en France et le Lockdown en Allemagne, les particuliers n'ont jamais été autant chez eux et valorisé leur habitation. Les médias ont beaucoup évoqué la "*revanche du pavillon de banlieue*", la recherche d'extérieur (balcon, jardin…), la pièce en plus pour télétravailler... autant d'éléments qui auraient modifié les recherches immobilières des particuliers. Actuellement, en France, 60% des recherches immobilières restent identiques à l'avant COVID, et 40% sont modifiées ou abandonnées. A date, les

transactions ne reflètent pas encore ce phénomène, cependant. Par ailleurs, le financement, malgré une légère remontée des taux du fait de la crise (les taux étaient en moyenne à 1,25% en mai contre 1,12% fin 2019) reste bon marché. Les acteurs économiques anticipent des taux d'intérêt durablement bas, suite aux annonces des gouvernements et de la Banque Centrale Européenne.

Autant d´éléments qui expliquent pourquoi, dans les grandes villes françaises et allemandes, où la demande reste supérieure à l'offre, les prix du résidentiel continuent de croître depuis le mois de juin, même si dans des proportions moindres qu'auparavant. Néanmoins, les conditions plus restrictives d'accès au crédit pourraient infléchir cette hausse. En effet, l'obtention du crédit est devenue plus difficile et plus longue, voire impossible, pour les personnes sans emploi et dont le chiffre risque de grossir dans les prochains mois.

Berlin, un marché atypique dominée par sa régulation

A Berlin, ces circonstances sanitaires et économiques exceptionnelles arrivent dans un contexte déjà hors du commun. En effet, le Sénat de Berlin a décidé, en juin dernier, un gel des loyers pendant cinq ans, ainsi qu'un plafonnement des loyers existants, conduisant dans certains cas à une baisse pure et simple des loyers à partir de novembre 2020. Objectif de la loi « *Mietendeckel* »: donner un coup d'arrêt à la hausse spectaculaire des loyers observée depuis 10 ans dans la capitale et à la spéculation - les prix ont été multiplié par plus de 2 en 10 ans.

Cette loi est fortement contestée sur le plan constitutionnel et a eu pour effet quasi immédiat une baisse de 45% des mises en location dans la capitale. Lorsqu'un locataire donne son congé, le propriétaire préfère vendre plutôt que de relouer pour un loyer jugé trop faible. Ce phénomène est amplifié par le fait que la commission d'agence, pour le moment à la seule charge de l'acheteur, devra être partagée à compter du 23 décembre à parts égales entre le vendeur et l'acheteur. L'objectif initial de la loi de favoriser les locataires semble donc loin d'être atteint, bien au contraire.

Ainsi l'intérêt des investisseurs pour Berlin semble se tarir, notamment pour les appartements qui sont vendus occupés. A contrario, le prix des appartements vendus vides, s'il augmente moins vite qu'avant, continue de croître. Il convient de souligner que les prix berlinois restent bas, comparés à ceux d'autres grandes villes allemandes ou européennes. Pour l'instant, c'est le Mietendeckel, davantage que le COVID, qui modifie la donne à Berlin.

Malgré un effet de rattrapage à la sortie du confinement, la crise du COVID a profondément affecté le secteur de l'immobilier en France comme en Allemagne. Si des tendances fortes telles que la digitalisation du marché devraient persister, il faudra attendre la fin et l'ampleur de la crise sanitaire, économique et sociale avant de juger de l'état réel du marché.

Von Krisenmanagern und Visionären

Die vierte Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) fand aufgrund der Corona-Pandemie nicht wie ursprünglich geplant in der Frankfurter Paulskirche, sondern deutlich nüchterner als Videokonferenz am 21. und 22. September statt. Die Pandemie und die aus ihr resultierende Krise spielten natürlich eine große Rolle. Die Abgeordneten präsentierten aber auch ihre Idee, wie Paris und Berlin in Zukunft näher zusammenrücken könnten.

In der DFPV treffen sich seit März 2019 je 50 Angeordnete des Deutschen Bundestags und der Assemblée Nationale mindestens zweimal im Jahr. Die Abgeordneten können zwar keine bindenden Entscheidungen treffen, können ihre Ideen jedoch in die nationalen Parlamente tragen und Minister oder andere Vertreter politischer Institutionen befragen.

Diesmal befragten die Abgeordneten die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, und die Gesundheitsminister Frankreichs und Deutschlands, Olivier Véran (La République en Marche, LREM) und Jens Spahn (CDU) zu ihren Lehren aus der Krise.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und der französische Gesundheitsminister Olivier Véran (LREM) sprechen in der DFPV

„Zusammenarbeit ist jetzt wichtiger denn je“

Im Bereich der Gesundheitspolitik verabschiedete die DFPV eine Reihe von Aufforderungen an die beiden Parlamente, um die europäische wie deutsch-französische Zusammenarbeit zu stärken. „*Zusammenarbeit ist jetzt wichtiger denn je. Den Kampf gegen Corona können wir in Europa nur gemeinsam gewinnen*“ betonte der französische Vorsitzende der DFPV, Christophe Arend (LREM).

Ein besonderes Augenmerk richten die Abgeordneten auf die Grenzregionen. „*Um erneute Grenzschließungen zu verhindern, fordern wir die Erarbeitung grenzüberschreitender Pandemiestrategien*“ erklärte der deutsche Vorsitzende der DFPV, Andreas Jung (CDU). Dazu gehören dem Beschluss zufolge gemeinsame Standards zur Erfassung von Gesundheitsdaten, Richtlinien für Regeln zu Quarantäne sowie gemeinsame Stresstests für das Gesundheitswesen. Des Weiteren soll es eine gemeinsame Plattform mit einer Übersicht verfügbarer Intensivbetten und ein System zur gemeinsamen Nutzung von Testkapazitäten geben.

Auf europäischer Ebene sollte „*dringend*“ eine Pandemie-App erarbeitet werden. Auch die Produktionskapazitäten für pharmazeutische und medizinische Produkte sollen nach dem Willen der DFPV ausgebaut werden.

In dieser Hinsicht erfuhren die Abgeordneten viel Zuspruch von den beiden Gesundheitsministern Olivier Véran (LREM) und Jens Spahn (CDU):

Die EU müsse bei der Arzneimittelproduktion unabhängiger von Drittstaaten wie China werden, betonte Jens Spahn. Europa müsse souverän werden bei der Produktion und der Beschaffung von Rohstoffen und zudem seine Forschung stärken, pflichtete ihm Olivier Véran bei. Zumal China bisher 90% der wichtigsten Medikamente produziere.

„Next Generation EU" – der Beginn einer gemeinsamen europäischen Haushaltspolitik

Neben der Frage, wie Grenzschließungen künftig verhindert und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Gesundheitskrisen verbessert werden kann, war die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ein zentrales Thema. Christine Lagarde lobte den Wiederaufbauplan „*Next Generation EU*", der auf die Initiative von Angela Merkel (CDU) und Emmanuel Macron (LREM) zurückgeht. Er stelle den Beginn einer gemeinsamen Währungs- und Haushaltspolitik auf nationaler und europäischer Ebene dar. Christine Lagarde forderte aber, deutlich weiter zu gehen: „*Es ist Zeit für Europa, hinauszudenken über die derzeitige Abwendung der unmittelbaren Auswirkungen der Krise. Wir brauchen eine gemeinsame Vision unserer Zukunft*."

Zukunftsmusik: Berlin-Paris in vier Stunden

In dieser Zukunft wünschen sich die Abgeordneten einen Schnellzug zwischen Paris und Berlin, der Flugzeug und Auto Konkurrenz machen kann. Die Fahrtzeit zwischen den beiden Hauptstädten soll auf vier Stunden halbiert werden. Die Abgeordneten fordern, die Planungen für das bereits 1992 im La Rochelle Vertrag vereinbarte Projekt nun endlich zu beginnen. Dies werde den deutsch-französischen Beziehungen „*einen neuen Impuls*" geben. Die beiden Vorsitzenden appellierten gemeinsam: „*Den Worten müssen jetzt Taten folgen! Berlin-Paris sollte als gemeinsames deutsch-französisches Projekt mit Mitteln aus dem europäischen Aufbaufonds finanziert werden*."

Weitere Details dazu, wie genau es bewerkstelligt werden soll, dass Berlin durch seine Bahnverbindung genauso nahe an Paris heranrückt wie Frankfurt, enthält der Beschluss allerdings nicht. Frankophile Bahnreisende müssen sich wohl noch einige Jahre gedulden.

Unsere Partner und Unterstützer

MAZARS
Roever Broenner Susat Mazars
BMW
CMS
Law.Tax
SANOFI
MALMENDIER LEGAL
TOTAL

IMPRESSUM :
Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis
Alt-Moabit 2 | 10557 Berlin | Deutschland
Tel.: +49 (0) 30 206 159 00
kontakt@dfwk.eu | www.dfwk.eu
LinkedIn | Twitter